

IN KÜRZE

KZ-Prozess soll fortgesetzt werden

Brandenburg an der Havel. Der NS-Prozess gegen einen früheren Wachmann des KZ Sachsenhausen soll in der kommenden Woche in der Stadt Brandenburg fortgesetzt werden. Nach derzeitigem Informationsstand des Landgerichts Neuruppin könnten die Hauptverhandlungstermine am 16. und 17. Mai stattfinden, sagte Gerichtssprecherin Iris le Claire. Der Angeklagte sei wieder verhandlungsfähig. Zuvor waren sechs Verhandlungstermine im April und Mai wegen einer Erkrankung des 101-jährigen Josef S. aufgehoben worden. Die Beweisaufnahme könne voraussichtlich am Montag geschlossen werden, sagte le Claire. Die Staatsanwaltschaft wirft Josef S. Beihilfe zum grausamen und heimtückischen Mord in mehr als 3500 Fällen vor.

DHL will Pakete per Schiff zustellen

Berlin. Der Logistikkonzern DHL will Pakete für die Auslieferung in Berlin künftig auch auf Schiffen über die Spree transportieren. Im Zusammenhang mit nachhaltigen Lösungen für die sogenannte letzte Meile prüfe die Post derzeit die Möglichkeiten, „einzelne Pakettransporte in der Hauptstadt über den Wasserweg abzuwickeln“, teilte das Unternehmen mit.

GEWINNQUOTEN

19. Spielwoche 2022

Lotto am Mittwoch:

Klasse 1: Zx	5 331 009,60 €
Jackpot:	unbesetzt
Klasse 2: Zx	1 429 352,90 €
Jackpot:	unbesetzt
Klasse 3: 29x	17 086,50 €
Klasse 4: 253x	5 837,90 €
Klasse 5: 1 902x	215,40 €
Klasse 6: 16 769x	57,90 €
Klasse 7: 36 678x	22,60 €
Klasse 8: 323 754x	12,00 €
Klasse 9: 295 608x	6,00 €

Spiel 77:

Klasse 1:	1 126 280,20 €
Jackpot:	unbesetzt
Klasse 2:	77 777,00 €
Jackpot:	unbesetzt
Klasse 3: 10x	7 777,00 €
Klasse 4: 191x	777,00 €
Klasse 5: 2 111x	77,00 €
Klasse 6: 20 446x	17,00 €
Klasse 7: 193 677x	5,00 €

GEWINNZAHLEN

Lotto am Mittwoch:
 2 24 25 27 28 45 Superzahl: 4
Spiel 77: 0 6 10 7 4 5
Super 6: 2 0 4 5 5 0
(ANGABEN OHNE GEWÄHR)

Wie die Schulen auf den Appell Melnyks reagieren

Botschafter erwartet von Brandenburg mehr Unterricht zur Geschichte der Ukraine – Lehrer fordern mehr Stunden für Fachunterricht

Von Lena Köpsell

Potsdam. In seiner Rede im Brandenburger Landtag am Sonntag anlässlich des 77. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus hatte der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) direkt angesprochen und eine „gebührende“ Behandlung der NS-Besatzungspolitik in der Ukraine im Geschichtsunterricht gefordert. Er sprach von „klaffenden Wissenslücken“, die es zu schließen gelte.

„Wir nehmen den Appell von Andrij Melnyk sehr ernst“, sagt die Pressesprecherin des Bildungsministeriums, Antje Grabley, auf MAZ-Anfrage. Das Thema „Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands“ sei fester Bestandteil des Geschichtsunterrichts in Brandenburg. Das Thema könne im Fach Geschichte selbstverständlich unter besonderer Berücksichtigung der Ukraine unterrichtet werden. Der aktuelle Rahmenlehrplan ermögliche das sowohl in der Doppeljahrgangsstufe 9 und 10 als auch in der gymnasialen Oberstufe. „Die Schulen entscheiden jedoch selbst darüber, wie genau sie ihren Unterricht gestalten. Sie müssen uns auch nicht zurückmelden, welche Themen sie genau behandelt haben. Ich bin mir aber sicher, dass viele Lehrkräfte die gegenwärtige Situation zum Anlass nehmen, um die Thematik in den Geschichts- und Politikunterricht einfließen zu lassen“, so Grabley.

Nicht nur im Geschichts- oder Politikunterricht gebe es Gelegenheit über den Krieg in der Ukraine zu sprechen, auch in der Primarstufe hätten Schüler die Möglichkeit sich auszutauschen, zum Beispiel in unterrichtsbegleitenden Gesprächskreisen. Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) stelle auf seinem Bildungsserver Berlin-Brandenburg regelmäßig und fortlaufend Material zum Thema Ukraine für den Unterricht bereit. Zudem wurden im vergangenen Schuljahr Fortbildungen zum Thema „NS-Vernichtungskrieg in Osteuropa“ durchgeführt, heißt es aus dem Ministerium.

Die NS-Verbrechen und der Verlauf des Zweiten Weltkriegs sind fester Bestandteil des Rahmenplans



Der Krieg in der Ukraine wird derzeit auch in Brandenburger Schulen besprochen.

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

„
 Unterricht entsteht nicht im luftleeren Raum.“

Florian Rietzl,
 Landesverband der Geschichtslehrer

für die Klassenstufen 9 und 10, bestätigt Florian Rietzl, der Landesvorsitzende des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer. „Theoretisch können wir die NS-Besatzungspolitik in der Ukraine in diesem Rahmen behandeln, allerdings fehlt uns schlicht die Zeit da-

zu“, sagt Rietzl. In den Klassen 7 bis 10 hätten Schülerinnen und Schüler häufig nur eine Stunde Geschichte in der Woche. Das sei viel zu wenig.

In der Oberstufe hingegen kommen die Schüler nicht um das Fach herum. Im Grundkurs wird es drei Stunden die Woche unterrichtet, im Leistungskurs fünf. Derzeit ist das Thema „Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen und europäischen Juden“ Teil der Prüfungsschwerpunkte im Brandenburger Abitur. Rietzl, der am Gymnasium Bernhardinum in Fürstenwalde unterrichtet, hat beispielsweise das Massaker von Babin Jar mit seinem Geschichtskurs behandelt. Eine Vorgabe, diesen Punkt zu unterrichten, gebe es nicht. Bei einem kompetenzorientierten Rahmenlehrplan sei es nicht Sinn der Sache, Unterrichtsinhalte kleinteilig aufzulisten. „Es ist wichtiger, dass wir mehr Unterrichtszeit bekommen. Dann können wir bei solchen Themen mehr in die Tiefe gehen“, sagt der Geschichtslehrer. Er fordert flächendeckend mindestens zwei Schulstunden Geschichtsunterricht pro Woche, zumindest in den Jahrgangsstufen 7 bis 10.

Unabhängig von den Vorgaben des Rahmenlehrplans würde der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bereits im Unterricht behandelt. „Unterricht entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern ist immer in das gegenwärtige Zeitgeschehen eingebunden“, so Rietzl. Er beobachtet, dass die Schülerinnen und Schüler derzeit viele Fragen haben. Es sei wichtig, den Krieg in der Ukraine auch historisch zu beleuchten, damit die Schüler zu einem begründeten Urteil gelangen könnten.

„Es ist wichtiger, dass wir mehr Unterrichtszeit bekommen. Dann können wir bei solchen Themen mehr in die Tiefe gehen“, sagt der Geschichtslehrer. Er fordert flächendeckend mindestens zwei Schulstunden Geschichtsunterricht pro Woche, zumindest in den Jahrgangsstufen 7 bis 10.

Am Montag Warnstreiks in Kitas

Protestzug zu Tarifverhandlungen in Potsdam geplant

Potsdam. Eltern in Brandenburg müssen sich für kommende Woche auf geschlossene Kitas einstellen. Die Gewerkschaft Verdi ruft die Beschäftigten für Montag, 16. Mai, zu einem Streik auf. Einige kommunale Kitas sollen komplett geschlossen bleiben, darunter in Zossen, Königs Wusterhausen, Ludwigsfelde, Pantetal oder Blankenfelde-Mahlow. Die betroffenen Eltern der Einrichtungen seien bereits informiert worden, teilte die Gewerkschaft mit.

Hintergrund des Streiks sind die in Potsdam laufenden bundesweiten Tarifverhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. „Mit dem Streik auch in den Brandenburger Kitas wird vor der so wichtigen dritten Verhandlungsrunde der Druck noch einmal erhöht“, sagte gestern Andrea Kühnemann, stellvertretende Verdi-Landesbezirksleiterin.

In Potsdam ist ein Protestzug geplant, der am Vormittag bis zum Kongresshotel am Luftschiffhafen führen soll. Dort tagen die Verhandlungspartner, die um die künftige Bezahlung für rund 300.000 Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen ringen. Ab 10 Uhr soll dort eine Kundgebung stattfinden, bei der der Verdi-Bundesvorsitzende Frank Werneke und seine Stellvertreterin Christine Behle sprechen wollen. Die Gewerkschaft rechnet mit mehr als 1000 Teilnehmern aus Brandenburg und einigen hundert weiteren aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die Beschäftigten würden für ihre Forderungen nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und die finanzielle Anerkennung ihrer Arbeit demonstrieren, sagte Kühnemann.

In Fragen der Entlastung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie für die Aufwertung der Berufe seien in der letzten Verhandlungsrunde nicht einmal Ansätze für Kompromisslinien gefunden worden, kritisierte Verdi. Der Fachkräftemangel sei seit Jahren eklatant hoch. Durch die Corona-Krise hat er sich noch weiter zugespielt.

GESCHÄFTLICHE EMPFEHLUNGEN

www.bauhaus.info

Wenn's gut werden muss.

Freitag 13.5.2022 – Tag des Rauchmelders

8,25

UniTEC Rauchwarnmelder Kriwan/TÜV 'Universal'
 Ø 12 cm, Alarmsignal 85 dB, inkl. stoßfester Magnethalterung, für Wohn- und Schlafräume geeignet
 27525991

26,95

Pyrex Rauchwarn- & Hitzemelder 'PX-1 Q'
 Ø 10,5 cm, Batterielaufzeit 12 Jahre, Alarmsignal min. 85 dB, für Küchen und verrauchte Umgebungen geeignet, Bi-Sensor Überwachung für Rauch und Hitze, zertifizierte, kein störendes LED-Blitzen
 24595728

NIMM 5 ZAHL 4

Rauchwarnmelder 'VdS' 26342489
 Ø 15 cm, Batterielaufzeit 10 Jahre, Alarmsignal min. 85 dB, mit Test- sowie Stummschaltfunktion, VDS zertifiziert Lithium-Batterie, Foto-elektronisches Messprinzip

plus Rauchmelder-Befestigung 'Universal' 22828455
 Ø 7 cm, magnetisch, kein Bohren notwendig

Setpreis 14,95

BAUHAUS 15 x in Berlin und Umland

Gemeinschaftswerbung der BAUHAUS Gesellschaften (vgl. www.bauhaus.info/gesellschaften oder unter Tel. 06 21/39 05 10 00) BAUHAUS Gesellschaft für Bau- und Hausbedarf mbH & Co. KG Rhein-Main-Neckar, Bohnenbergerstraße 17, 68219 Mannheim

Pädagogen werden knapp

Einer Studie zufolge wird der Lehrermangel von der Politik weiter unterschätzt

Von Rüdiger Braun

Potsdam/Köln. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) warnt vor einem enormen Lehrermangel in ganz Deutschland, der in etwa zehn Jahren dramatische Ausmaße annehmen könnte. Wegen besonderer demografischer Bedingungen könnte dieser Lehrermangel im Umland Berlins, also im sogenannten Speckgürtel, für Brandenburg besonders schlimm ausfallen.

Im Auftrag der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hatte das Institut die durch Pension und Neueinstellungen zu erwartenden Entwicklungen der Lehrerzahlen mit kommenden Schülerzahlen auf Grundlage der demografischen Entwicklung verglichen. Ergebnis: Im Schuljahr 2030/2031 werden in Deutschland 59.000 vollzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Die Politik sei auf diese Lücke nicht vorbereitet.

IW-Chefökonom Wido Geis-Thöne, der das Gutachten zum Lehrkräftebedarf geleitet hat, betont gegenüber der MAZ, dass man keine länderspezifische Analyse vorgelegt habe. Die Tendenz gelte jedoch auch für Brandenburg. Hier befürchtet er sogar eine verschärfte Situation.

„Für Brandenburg gilt zunächst einmal, was für alle östlichen Bundesländer gilt: Weil die Lehr-

kräfte dort im Schnitt viel älter sind, werden sie auch früher verrentet“, so Geis-Thöne. Tatsächlich sind der Studie zufolge fast 50 Prozent der brandenburgischen Lehrer älter als 55 Jahre. Gemildert werde das zunächst durch den Umstand, dass im Osten die geburtenstarken Jahrgänge schon jetzt in der Schule seien und deshalb die Schülerwelle nicht mehr so überraschend komme wie im Westen. Außerdem seien in Berlin und Brandenburg in den vergangenen zehn Jahren viele Lehrer neu eingestellt worden.

Rund um Berlin kommt aber ein Faktor hinzu, der diese gute Ausgangslage verkehre: Die fortschreitende Urbanisierung in Berlin und die ungebrochene Attraktivität der Hauptstadt, die zu einem Umzug von mittelständischen Familien ins Umland führt. „Im Berliner Speckgürtel wird es tatsächlich sehr schwierig sein“, sagt Geis-Thöne. Dort dürften die Engpässe noch deutlicher ausfallen als im deutschlandweiten Schnitt.

„Es ist natürlich immer die Frage, wie die Schulen darauf reagieren.“ So lasse sich zum Beispiel gerade bei unterschiedlichen Schultypen nicht klar bestimmen, wie ein optimales Lehrer-Schüler-

Verhältnis aussehe. Aber der Politik müsse angesichts der aktuellen Entwicklung klar sein, dass sie eine entsprechende Infrastruktur bereitstellen müsse. „Dazu gehören Straßen und natürlich Kitas und Schulen.“

Brandenburgs Wirtschaft reagiert auf den Befund alarmiert. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB), Alexander Schirp, sieht im Lehrermangel ein großes Risiko für die Qualität der Bildung und für die Fachkräftesicherung der Unternehmen. „Der drohende Lehrkräftemangel muss dringend auf die Agenda der Politik“, sagt Schirp.

Der Lehrerberuf müsse attraktiver und erstrebenswerter werden. „Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen bessere Karriereperspektiven und Bedingungen, die für mehr Spaß an der Arbeit sorgen.“ Deshalb müsse die Ausstattung der Schulen und der Arbeitsplätze der Lehrkräfte besser werden, genau wie auch die Ausbildung an den Hochschulen.

Den Brandenburgischen Pädagogenverband (BPV) überrascht die Studie nicht. Er hatte schon am 1. April vor dem unterschätzten Engpass gewarnt. Dessen Präsident Hartmut Stäker hatte den Lehrermangel schon damals als „massive Bedrohung für Bildungsqualität, Gerechtigkeit und die Zukunft unseres Landes“ herausgestellt. Stäker hatte sich auf eine Studie des Bundesverbands Bildung und Erziehung (VBE) bezogen. Sie war zu ähnlichen Ergebnissen gekommen wie jetzt das IW in Köln.



UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.
 FOTO: CHLIETZMANN